

Positionspapier zur Gründung eines KMU-Think-Tanks

Analyse und Reform unserer Wirtschaftsstrukturen

Von Ivo Muri, Unternehmer, Sursee (siehe auch www.ivomuri.ch)

Der aktuelle Zustand der Wirtschaft zeigt die Notwendigkeit für eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems. Alleine kommt dieses nicht wieder ins Lot. Es ist Zeit, dass sich die KMU-Unternehmer für eine grundlegende Reform der Wirtschaft einsetzen.

Was heute vorliegt, ist ein weltweites Strukturproblem der Wirtschaft, welches zwangsweise weg von der Demokratie und zurück zu einer Art Feudalsystem führt. Noch schneller und noch besser zu arbeiten, hilft wenig. Wer ethisch korrekt handeln will, kommt unter die Räder. Aber: Wer nicht handelt, der wird gehandelt. Systembedingt kommt vor allem auch der Mittelstand unter Druck. Darüber zu klagen nützt wenig. Es gilt, die Strukturen zu analysieren, Verantwortung zuzuweisen und Veränderungen einzuleiten.

Nach vertiefter Analyse und reiflicher Reflexion bin ich zur Überzeugung gelangt, dass das heutige Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage zu stellen ist.

Wirtschaften muss zum Ziel haben, den Menschen zu dienen. Es sind die Menschen, welche die Wirtschaft gestalten und steuern. Die Gesetze der Wirtschaft sind von Menschen gemacht. Wir können diese heute ändern, wenn wir sie nicht für gut befinden. Die Wirtschaft ist also kein Phänomen, dem die Menschen hoffnungslos ausgeliefert sein müssten, wie den Naturgewalten. Eine Wirtschaft jedoch, welche von zunehmend mehr Menschen als natürliche und existenzielle Bedrohung wahrgenommen wird, darf als entartet bezeichnet werden.

Ähnliche Entwicklungen wie in jüngster Zeit haben sich in den letzten 250 Jahren schon mehrmals abgespielt. Die Verantwortlichen haben es dabei immer wieder verstanden, neue Feindbilder zu entwerfen, um die tatsächliche Ursache - nämlich den Aufbau des Geldsystems – zu verschleiern.

1. Unter dem Titel «New Economy» wurde im vergangenen Jahrzehnt eine «Old Economy» geschaffen, wie sie bereits in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts mit dem darauf folgenden Börsencrash 1929 geherrscht hat.

2. Was als Privatisierung angepriesen wird, ist faktisch eine neue Art von Feudalsystem mit dem damit verbundenen Demokratieabbau, wie er ebenfalls schon in den 20er Jahren stattgefunden hat.

Nach dem Börsencrash von 1929 hat dies Präsident Roosevelt schonungslos aufgedeckt. Man braucht nur zu lesen, was er damals geschrieben hat, um die richtigen Lehren zu ziehen.

3. Was als «Globalisierung» angepriesen wird, ist faktisch nichts anderes als eine neue Art der Kolonialisierung, welche von einem weltweit privatisierten Geldsystem ausgeht (unter der Leitung der ehemaligen Kolonialmächte USA, GB, F, usw.). Bereits John F. Kennedy hat dieses System kritisiert und es einer Demokratie nicht würdig befunden.

Machtwirtschaft statt Marktwirtschaft

Jedem Gewerbetreibenden muss klar geworden sein: Die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen haben mit Marktwirtschaft nichts zu tun. Der Markt ist in reine Macht ausgeartet, wie dies schon 1750 - zur Zeit Jean Jacques Rousseaus -, 1850 - zur Zeit von Karl Marx und Gottfried Keller - , vor rund hundert Jahren - zur Zeit des Generalstreiks - und 1929 - zur Zeit des Börsencrashes in den USA - der Fall war.

Die globalisierten Feudalisten haben es immer wieder geschafft, den Menschen Sand in die Augen zu streuen und zu verdecken, dass es sich faktisch um nichts anderes als um ein Verteilungsproblem in einer auf Geld basierten Wirtschaft geht. Weil Geldwirtschaft und reale Wirtschaft von einander völlig entkoppelt sind, kommt unter Druck, wer den Lebensunterhalt Kraft seiner Arbeit verdienen muss. Dies sind Gewerbetreibende und KMU-Unternehmer ebenso wie Arbeiter und Angestellte. Mit neuen Schlagworten wird den Menschen Glauben gemacht, sie erlebten etwas Einzigartiges und noch nie Dagewesenes. Tatsächlich wird nur alter Wein in neue Schläuche gefüllt. In «Faust II» hat schon Johann Wolfgang Goethe alles detailliert beschrieben. Basierend auf Goethe hat Hans Christoph Binswanger, Professor an der Uni St. Gallen, in seinem Buch «Geld und Magie» das alchemistische Prinzip des Geldes beschrieben. (Eine Liste mit weiterer Literatur findet sich unter www.ivomuri.ch.)

Allianzen, Kartelle, Kombinate: Monopole

Was einst Kartelle genannt wurde, heisst heute Allianzen (siehe Swissair). Dabei wird vorgegaukelt, es handle sich um etwas ganz Neues und Tolles. Näher betrachtet, versteckt sich dahinter aber just die gleiche Art von Wettbewerbsverzerrung, welche mit *Marktwirtschaft* nichts zu tun hat und eine reine Form von *Machtwirtschaft* darstellt. Wenn liberale Politiker nun plötzlich Allianzen empfehlen, sollte dies hellhörig machen.

Gemeinhin wird gefordert, der Markt müsse spielen. So werden die 80 Prozent KMU-Unternehmer tatsächlich in einen brutalen Wettbewerb geschickt. Gleichzeitig realisieren die Grosskonzerne durch Fusionen, Firmenkäufe und in Zusammenarbeit mit den Medien fingierte Börsengänge immer grössere und anonymere Gebilde. Diese sind durchaus vergleichbar mit den Kombinat der gerade erst tot geglaubten Wirtschaft der Sowjetunion. Statt Markt sichern sich die Konzerne nun Oligopole und Monopole.

Lebensvitale Bereiche wie Telekommunikation, öffentlicher Verkehr, demnächst die Elektrizitätswirtschaft und die Post und weitere mehr wurden oder werden privatisiert und damit feudalisiert. Die Deutsche Bahn hat beispielsweise im Dezember 2001 die Clochards aus ihren Bahnhöfen vertrieben. Der Bahnhof sei nun nicht mehr öffentlicher Raum. Für Konsumentinnen und Konsumenten müsse jedoch auf Weihnachten Festfreude erzeugt werden. Mit dem Argument der Marktwirtschaft senkt die Post ihre Leistungen, während sie gleichzeitig die Preise erhöht – dies kann nur ein Monopolist. Wenn die Zeitungen schreiben, die Banken trügen mehr als 30 Prozent zur Wertschöpfung in der Schweiz bei, merkt niemand, dass dieses Geld am realen Markt - meist durch KMU-Unternehmen - erarbeitet werden musste. Der Präsident der Freiheitlichen Partei steht einem privaten Versicherungsmonopolisten vor und predigt munter die Mär vom Sparen. Derweil verlagert er selbst Kosten in die KMU-Betriebe, indem der Versicherungsmonopolist verlangt, dass die Kosten von Präventionsmassnahmen von den Betrieben getragen werden (Sicherheitsverantwortlicher pro Betrieb). Anstatt die Prämien zu senken, werden die Löhne dieses Monopolisten erhöht und die Überschüsse in Immobilien investiert. Alles mit Geldern, die eigentlich den obligatorisch Versicherten gehörten.

Manager sind keine Unternehmer

In den letzten Jahren wurde ein Managerkapitalismus geschaffen, wie ihn Erich Fromm in seinem Buch «Es geht um den Menschen» 1960 beschrieben hat. Bereits drei Jahre vor dem Bau der Berliner Mauer hat Fromm erkannt, wie die Sowjetunion unter Stalin einen Managerkapitalismus nach westlichem - US-amerikanischem - Vorbild aufgebaut hat. Die in sich selbst eingestürzte Wirtschaft der UdSSR war demnach eine auf Grosskonzernen (Kombinaten) aufgebaute Wirtschaft, in welcher nicht besitzende Manager ihre Unternehmungen beliebig ausgebeutet haben. Nicht der Staat, sondern diese Form des Managerkapitalismus hat schliesslich die Wirtschaft der Sowjetunion zerstört.

Entscheidend ist dabei der Unterschied zwischen Managern und Unternehmern. Der KMU-Unternehmer ist mit seiner Unternehmung verbunden wie der Bauer mit seiner Scholle. Er lebt nur, wenn er sein Unternehmen nachhaltig führt. Selbstverständlich können auch ihm Fehler passieren. Weil er weiss, dass er von einer vergifteten Scholle nicht leben kann, wird er aber immer mit der notwendigen unternehmerischen Vorsicht handeln. Der Manager dagegen besitzt nicht. Er lässt sich von Headhuntern beliebig weiter und sein Salär nach oben katapultieren, sobald eine Firma ausgesogen ist. Darunter leiden die Unternehmungen und die seriös arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie die Aktionäre.

Seit 150 Jahren brodeln der Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Unter ihm leiden all jene, welche ihren Lebensunterhalt Kraft ehrlicher Arbeit verdienen möchten. Wie der Fall Argentinien in krasser Weise zeigt, wird deren Unternehmen in diesem Klassenkampf zermalmt.

Wem gehört die Notenbank?

Die letzten 250 Jahre lassen folgende Bilanz zu: Nach jeder Krise (1750, 1850, 1918, 1929 und auch jüngst 2001) hat die Finanzaristokratie weltweit ein neues Feindbild etabliert und die Massen bewegt - und von dieser Bewegung profitiert. War es 1798 die französische Revolution, kam 1850 die Arbeiterbewegung, welche schliesslich in den heute noch angeheizten Klassenkampf mündete. Seither sind immer wieder neue Feindbilder aufgetaucht: Ausländer/Schweizer, Mann/Frau, Jung/Alt, Links/Rechts, Privat/Staat und nach der jüngsten Wirtschaftskrise Islam/Christentum.

Es wird Zeit, dass wir als KMU-Unternehmer auf diese Kriegs- und Feindbildstrategie nicht mehr hereinfallen und die richtigen Fragen stellen. Mit der Goldinitiative sind wir aber auf dem besten Weg, uns von der Politik ein neues Feindbild auftischen zu lassen. Man will uns in einen Kampf Jung/Alt schicken. Ich hoffe, dass sich die Bevölkerung nicht darauf einlassen wird sondern sich der tatsächlichen Frage in diesem Zusammenhang stellt: Wem gehört eigentlich die Notenbank? Warum braucht diese das Gold nicht mehr? Bei wem verschuldet sich ein demokratischer Rechtsstaat mit einem Geldsystem, welches nicht mehr durch einen realen Wert (Gold) gedeckt ist?

Die ehrliche Beantwortung dieser Fragen führt zu erstaunlichen Antworten. Antworten, welche in eine vernünftige Wirtschaft zurückführen. Wird die Struktur der grossen Geldströme analysiert, lässt sich die Verantwortung plötzlich wieder einwandfrei zuweisen. Wird die Verantwortung dann auch tatsächlich wahrgenommen, so wird das jüngst geschaffene Sozialgefälle rasch wieder ausgeglichen.

Unternehmer und Arbeitnehmer im selben Boot

Gemeinsam mit seinen Angestellten ist der KMU-Unternehmer selbst auch Arbeitnehmer – nämlich Arbeitnehmer des Kunden. Das hat Erich Fromm ebenso verstanden, wie Karl Marx oder Gottfried Keller. Zur Gründung der Zürcher Kantonalbank schrieb letzterer um 1850: «... wir brauchen diese Staatsbank, um den nur am Eigennutz interessierten Privatbanken gehörige Konkurrenz entgegenzustellen, den Wucher zu bekämpfen und den mittleren und kleineren Gewerbestand vor der Ausbeutung der Grossindustrie zu schützen». Gottfried Keller könnte diese Worte in den gerade eben vergangenen 90er Jahren verfasst haben. Die Situation heute ist in keiner Weise anders. Wir gehen jedoch hin und zerschlagen mit dem grossen Pickel die mühsam aufgebauten Strukturen, welche über Generationen einwandfrei gedient haben. Wer das «Kommunistische Manifest» gelesen hat (dieses wurde ebenfalls um 1850 geschrieben), dem fallen die Parallelen zur heutigen Zeit sofort auf.

Von der Geldaristokratie und den Grosskonzernen haben wir uns in einen jahrzehntelangen Kampf «Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer» schicken lassen und nicht gemerkt, dass wir KMU-Unternehmer und unsere Unternehmungen darunter leiden. Auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dies nicht gemerkt. Zu allem Elend gelten die oben zitierten Manager nach unseren Arbeitsgesetzen als Arbeitnehmer und werden durch die Gesetze geschützt wie jeder Arbeiter.

Auch die ehrenhaft arbeitenden Beamten in unserem demokratischen Staatswesen haben wir beschimpft und so getan, als würden wir von einem diktatorischen Staatswesen nach sowjetischem Muster geführt. Dabei müsste allen klar sein, dass der Managerkapitalismus viel schlimmer ist als ein Beamtenstaat. Die Manager haben grenzenlose Freiheiten, sich für oder gegen die Unternehmen einzusetzen, während den Beamten nach preussischem Vorbild klare Vorschriften über ihre Amtshandlungen gemacht werden. Letztlich hat uns der Amtsschimmel in den Amtsstuben weit weniger gekostet hat als die Skrupellosigkeit der privaten Manager.

Banken konkurrenzieren Unternehmen

Nicht nur wurde die Swissair ins Ausland verschachert. Elektrowatt und Landis & Gyr wurden an Siemens verscherbelt. Zahlreiche weitere Produktionsbetriebe wurden heruntergefahren und deren Immobilien herausgelöst. Die Immobilien der Swisscom werden heute von den Bermudas aus verwaltet. Die DIAX gehört nicht mehr der Schweiz, nachdem wir Strommilliarden dort investiert haben. Man darf sich getrost fragen, ob dies nicht einer Art Kolonialisierung gleichkommt, wie sie in Argentinien schlimmste Ausmasse angenommen hat. Der Fall Feldschlösschen hat gezeigt, dass viele Manager und Finanzhaie nicht begreifen können, dass es noch Menschen gibt, denen eine „satte“ Rendite von 14% vollkommen ausreicht, wenn sie dadurch mit einer sinnvollen und sinngebenden Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Längst haben wir akzeptiert, dass die Banken, Versicherungen und anderen Geldinstitute sich in beliebigen Branchen selbst betätigen und dem KMU-Gewerbe beliebige Konkurrenz machen. Mit der Gründung von «Bätigroup» wurden beispielsweise normale Baufirmen plötzlich zum Konkurrenten einer Bank. Das wäre unseren Grossvätern nicht passiert. Die wussten noch, wie das Geldsystem nach alchemistischem Prinzip aufgebaut ist und wer welche Verantwortung trägt.

Diese Verantwortung haben wir verwässert. Aus dem Recht auf Arbeit haben wir ein Recht auf Arbeitslosigkeit gemacht - mit all seinen fatalen Folgen. (Lesen Sie unter www.ivomuri.ch, was Leo Schürmann als Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank in einem Radiointerview 1975 dazu gesagt hat). Massenarbeitslosigkeit ist nur möglich, weil wir, anstatt klare gesetzliche Strukturen zu schaffen, daran glauben, der Markt regle alles. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat er dies

jedoch geschafft, wie in jedem Buch der Volkswirtschaftslehre nachzulesen ist. Rolf Dubs – unzweifelhaft hoch anständig und liberal denkend, schrieb diesbezüglich Klartext.

Ethisch korrekte Gesetze anstatt Ethikkurse

Plötzlich beherrscht nun das ethisch korrekte Verhalten die Diskussion. Dabei wird leicht vergessen, dass Ethik so volatil ist wie die Aktienkurse. Im Vergleich mit den Grosskonzernen könnte man die Dinosaurier heranziehen. Diese haben sich ethisch auch korrekt verhalten. Sie haben sich aber ganz einfach ihre Lebensgrundlage entzogen, weil der Hunger grösser war. Grosskonzerne können sich weder an die Ethik noch an Gesetze halten, wenn sie gezwungen sind, viermal jährlich der Börse mit immer besseren Quartalszahlen zu genügen. Die Menschen in diesen Unternehmungen, welche wider besseres Wissen Kartellabsprachen treffen, in Bestechungsskandale verwickelt sind und mit allerlei anderen Anreizen an Aufträge zu kommen versuchen, sind nicht besser und schlechter als andere Menschen. Die Situation zwingt sie - wie damals die Dinosaurier - zu unethischem Handeln. Der Trend, Ethik- und Philosophiekurse zu besuchen, reicht nicht aus. Es reicht nicht, das schlechte Gewissen zu beruhigen. Vergessen wir deshalb Ethik in der Wirtschaft!!! Der Druck muss abnehmen. Wir brauchen knallharte auf Ethik basierende Gesetze, welche kontrolliert und eingehalten werden müssen. Verantwortung muss wieder einwandfrei zugewiesen werden können und nicht irgendwo im Markt anonymisiert werden.

Wie effizient ist der Markt?

Nach der Berg- und Talfahrt von Einstellung und Entlassung und Wiedereinstellung Zehntausender von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss ehrlicherweise einmal die Frage gestellt werden, was der Markt an Kosten tatsächlich gespart hat. Vergessen wir dabei auch nicht die tausenden von Tieren, welche wir jüngst der BSE-Seuche und der Schweinepest geopfert haben. Müsste im Rahmen von Privatisierungen den Privaten nicht auch wieder die Verantwortung gesetzlich überbunden werden, welche mit der Freiheit einhergeht? Der Fall der Swissair und BSE macht klar, dass wir gut daran tun, gewisse Freiheiten der direkten Demokratie und damit dem demokratischen Rechtsstaat zu unterstellen.

Dass Moral und Ethik hier nicht greifen, hat die Geschichte zur Genüge gezeigt. Eine Gesellschaft, in welcher es zwar ein Geldsystem gibt, in welcher das Geldsystem jedoch praktisch unsteuerbar geworden ist, kann keine Demokratie sein. Eine solche Gesellschaft muss als feudalistisches System bezeichnet werden. Die Problematik liegt darin, dass die vielen Privaten sich nie darüber einigen können, wer denn die Verantwortung schliesslich tragen soll. Entsprechend werden alle technisch und gesetzlich möglichen Kosten externalisiert, die Gewinne privatisiert. Diese Logik ist System immanent. Sie lässt sich mit keiner Aufforderung zu ethischem Handeln korrigieren.

Können wir uns Grosskonzerne leisten?

Notwendig ist eine dreifache Budgetierung (soziale, wirtschaftliche und ökologische Kosten) für alle Handlungen. Nur mit dieser *Vollkostenrechnung* ist tatsächlich Transparenz zu gewinnen. Machen wir die Rechnung auf diese Weise, stellt sich berechtigterweise die Frage, ob wir uns anonymisierte Grosskonzerne überhaupt noch leisten können. Mit den Eigentumsverhältnissen der Konzerne ist die Ausbeutung unausweichlich und System immanent. Aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Sicht erweist sich die Förderung der KMU-Struktur mit besitzenden Unternehmern als am weitaus nachhaltigsten. Es waren die KMU, welche in der Schweiz die Wirtschaft in den 90er Jahren gerettet haben, als mit aller Gewalt und im vollen Bewusstsein der Geldhahn der Nationalbank zugekehrt und eine künstliche Arbeitslosigkeit geschaffen wurde. Niemand hat offenbar gemerkt, dass uns damals nicht die Arbeit, sondern das Geld gefehlt hat, das in den Geldinstituten mit überrissenen Zinsen zurückbehalten wurde.

Der «Segen» der New Economy

Wo kamen denn eigentlich plötzlich alle die Milliarden her, welche plötzlich in die «New Economy» hineingebuttert wurden ? Es ist einsichtig, dass dies von langer Hand international geplant war. Die Elektrounternehmungen hatten es geschafft, innert weniger Jahre europaweit die Privatisierung aller Telekommunikationsfirmen quer durch alle Parlamente und Regierungen durchzusetzen. Ein internationaler Beamten- und Politikerstab hat sich hervorragend organisiert und die Feudalisierung der seit Generationen gut funktionierenden Staatsregale durchgesetzt - mit fatalen Folgen.

Mit zu den wichtigsten Profiteuren in diesem System gehören die PR-Berater und Headhunter. Aktuelle Beispiele von Firmen aus dem Surseer «Computer Valley» machen es deutlich:

1. Eine Firma aus dem «Computer Valley» stellt einen Programmier an, der früher bei *Miracle* gearbeitet hat. Der Programmierer hat Zugang zum gesamten «SourceCode». Nach dem Börsengang wird der Mitarbeiter von *Miracle* wieder abgeworfen. Zu einem viel höheren Salär (Geld ist ja vorhanden). Nach dem Konkurs von *Miracle* wird der Mitarbeiter arbeitslos. Er programmiert zu Hause eine eigene Software. Heute tritt der Mitarbeiter als Konkurrent der Firma aus dem «Computer Valley» auf, nachdem er die Software zu Hause in seiner bezahlten Freizeit programmiert hat.
2. Eine Deutsche Firma will in den Schweizer Markt eintreten. Sie wirbt den Verkaufsleiter der Firma aus dem «Computer Valley» via einen Headhunter ab. Der Verkaufsleiter verdient um Faktoren mehr Geld. Ethik greift bei diesem Unterschied nicht. Weil die deutsche Firma letztes Jahr an der Börse war, kann sie sich dies leisten.

3. Ein ähnlicher Fall geschah auch mit einer Firma aus England, welche einer Firma aus dem «Computer Valley» nun heftig Konkurrenz macht.

4. Eine weitere Firma im «Computer Valley» wurde soeben von einer deutschen Firma geschluckt.

Es wird Zeit, dass Wirtschaftskriminalität neu definiert wird. Wenn die Unternehmungen nicht besser geschützt werden, so wird es immer mehr Unternehmern ergehen wie einem unserer Bundesräte. Er soll gesagt haben, dass er nur noch 50% gearbeitet hätte, wenn er gewusst hätte, was Benedikt Weibel von der SBB gemäss Headhunter Johansson verdienen müsste. Die Unternehmer ihrerseits arbeiten immer mehr und verdienen immer weniger. Sie bezahlen auch wacker für die Arbeitslosen, welche von den Grosskonzernen produziert werden. Für KMU-Unternehmer gibt es keinen Teilzeitstatus. Sie erkaufen sich ihre unternehmerische Freiheit durch einen im Verhältnis zu anderen Berufstätigen immer brutaleren Einsatz bei sinkendem Einkommen. Wenn das Unternehmertum der-einst überhaupt nicht mehr interessant ist, wird sich die Wirtschaft nicht mehr erneuern können, wenn die Grosskonzerne (Kombinate) kollabieren. Ein Zerfall, wie wir ihn jüngst in der UdSSR erlebt haben wird die tragische und unvermeidbare Katastrophe sein. Ein Land wie die Schweiz, in welcher die Strukturen noch einigermaßen stimmen, tut deshalb gut daran, mit Hochdruck am Erhalt dieser klein-räumigen Struktur zu arbeiten. Ist der Mittelstand erst ruiniert, wird aller Wiederaufbau nur noch sehr schmerzhaft möglich sein.

Soziale Spaltung verhindern

Wohin das jüngst geschaffene Sozialgefälle - working-poor gibt es heute immer mehr auch im Gewerbe – führt, ist bereits spürbar. Zunehmend mehr Menschen halten dem Druck nicht mehr Stand und werden psychisch krank, während die Beschleunigung weiter zunimmt. Seit mehr als zwei Jahren versuchen die Psychiatrischen Kliniken auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, doch werden sie kaum gehört. In seinem Buch «Access: vom Verschwinden des Eigentums» hat Jeremy Rifkin sehr präzise beschrieben, welche Prozesse hier in Gang sind. Nur noch 20 Prozent der Menschen werden in Zukunft besitzen. Die anderen werden nur noch Zugang (Access) haben. Argentinien hat diesen Prozess bereits hinter sich.

Es wird nicht lange dauern, so werden auch andere Staaten diesen Zustand erreicht haben - wenn wir nicht rasch Verantwortung wieder richtig zuweisen und die Strukturen im Geldsystem richtig legen. Es wird Zeit zu erkennen, dass zahlreiche Probleme systembedingt sind und deshalb auch problemlos und rasch zu bewältigen wären. Es gilt zu erkennen, dass weltweit immer die gleichen Branchen (Banken, Versicherungen, Headhunter, Berater ...) immer reicher werden, während jene immer mehr unter Druck geraten, welche ihren Lebensunterhalt Kraft ihrer Arbeit verdienen müssen. Niemand würde doch wohl behaupten wollen, dass die fleissigen und begabten Leute ausgerechnet in diesen

Branchen arbeiten. Im herrschenden Geld- und Zinssystem sind die Strukturen so gelegt, dass das Geld über die Zinsen automatisch an seine Quelle gebunden ist. Hier Strukturen neu zu legen und Verantwortung zuzuweisen dürfte nicht so schwer fallen, wenn man nicht bewusst eine Brille anzieht, welche diese Tatsachen verzerrt.

Geldsystem – die vierte Staatsgewalt

Wenn die Menschen (wieder) wissen, wie das Geldsystem aufgebaut ist, dann kann Verantwortung wieder eindeutig zugewiesen werden. Der anonyme Markt - der in Sachen Geld ab einer gewissen Entwicklungsstufe immer grenzenlose Macht bedeutet - wird von seiner Aufgabe entbunden. Es werden wieder klare Strukturen geschaffen. John F. Kennedy verlangte Anfang der 60er Jahre, dass das alchemistische Produktionssystem von Geld unter demokratische Kontrolle gestellt wird und keinesfalls privat (feudalistisch) organisiert werden dürfe. Noch nie in der Geschichte der Menschheit konnte eine Demokratie in einem auf Geld basierten Wirtschaftssystem funktionieren, wenn das Geldsystem nicht mittels eines Generationenvertrages demokratischer Kontrolle unterstellt war. Nebst Exekutive, Legislative und Judikative ist das Geldsystem in einer entwickelten Volkswirtschaft gleichsam die vierte Staatsgewalt. Es gehört daher zwingend unter demokratische Kontrolle, ansonsten kann nicht mehr von Demokratie, sondern muss von einem Feudalsystem gesprochen werden.

Wären sich die privaten Feudalherren ihrer verantwortungsvollen Aufgabe tatsächlich bewusst, könnte das Feudalsystem theoretisch auch funktionieren. Die jüngste Praxis hat aber einmal mehr gezeigt, dass diese Privaten nicht individuelle Verantwortung unter Einsatz einer dreifachen Budgetierung übernehmen wollen. Sie verstecken sich hinter Sozialversicherungen und Fürsorgeeinrichtungen und anderen Almosen und glauben, damit sei es getan. Sie vergessen dabei, dass die Menschen psychisch krank werden, wenn sie sich nicht verwirklichen und in der Gesellschaft integrieren können. Aus dem Kampf um die Demokratie, welcher aus dem Sozialgefälle erwächst, entwickeln sich unausweichlich soziale Fehden, die bürgerkriegsähnliche Zustände annehmen (vgl. Argentinien). Es kann auch nicht verwundern, sondern ist vielmehr eine logische Konsequenz der jüngsten Entwicklungen, dass die Menschen zunehmend gewalttätiger werden. Wer sich ausgegrenzt fühlt, beginnt sich zu wehren. Ähnlich wie schon in den 80er Jahren von Erich Fromm beschrieben, schildert Arno Gruen in «Der Kampf um die Demokratie» detailliert, wie sich Gewaltbereitschaft und Destruktivität entwickelt. Es bringt nichts, Psychologen auszubilden und ihnen dann nicht zuzuhören, wenn sie erklären, wie Gewalt problemlos verhindert werden kann. Den Polizeistaat aufzurüsten, kann kurzfristig Linderung bringen. Das Problem lösen kann man mit Gegengewalt unmöglich.

Plädoyer für eine Weltwirtschaft des Mittelstands

Die Wirtschaft ist vom Menschen gemacht. Sie hat nichts Göttliches. Beten hilft deshalb nicht, um sie wieder ins Lot zu bringen. Die Strukturen müssen wieder so gelegt werden, dass sie funktionieren können. Dazu dürfen wir uns nicht weiter auf neue Feindbilder einschliessen lassen. Lassen wir KMU-Unternehmer uns nicht weiter instrumentalisieren! Verbinden wir uns mit den KMU-Unternehmern anderer Länder, bauen wir gemeinsam eine Weltwirtschaft, die auf dem Mittelstand basiert - eine Weltwirtschaft, in welcher die Unternehmer in tatsächlich freien Märkten ihre eigenen Schollen so bewirtschaften, wie ihre Arbeitgeber (die Kunden) und ihre Mitarbeitenden es wünschen und brauchen. Nur so ist nachhaltiges Wirtschaften möglich.

Wie dringend der Handlungsbedarf ist, vermag ein Buch zu zeigen, welches von der neofeudalistischen Gemeinschaft herausgegeben wurde: «Direkte Demokratie, Bremsklotz der Revitalisierung». Walter Wittmann zitiert darin bekannte Manager, welche in den jüngsten Monaten in die Schlagzeilen gekommen sind und die uns dringend angeraten haben, die direkte Demokratie abzuschaffen. Dann hätten sie geschafft, was sie immer schon wollten: Ein in pseudodemokratischen Strukturen verstecktes feudalistisches System, wie es Berufspolitiker in Deutschland, Frankreich und Russland längst schon etabliert haben.

Weiss man, dass in Deutschland als Folge der Affäre Kohl die Archive jüngst wieder geschlossen wurden, dass die EU ihre Bürgerinnen und Bürger nicht gefragt hat, ob diese den Euro wollen - dieser wurde ihnen von den Berufspolitikern verordnet –, so lässt sich erkennen, wie wichtig es ist, sich der Frage des Geldsystems statt der Frage um Privatisierung und Markt/Staat zu widmen. Mit noch mehr Wettbewerb werden die KMU nicht noch wettbewerbsfähiger. Sie sind es heute schon. Wir brauchen wieder neue Verantwortungszuweisung in einem demokratisch organisierten Geldsystem.

Epilog

Immer mehr Literatur und Skandale belegen, dass die geschilderten Sachverhalte Tatsachen und nicht Meinungen sind. Obwohl ich zunehmend bedroht werde, wenn ich mich in dieser Offenheit äussere, ist es mir wichtig, an diesen Fragen weiterzuarbeiten. Erstens kann ich morgen aufhören zu arbeiten, wenn man mich als Unternehmer in der Existenz bedrohen will. Aufhören zu denken fällt mir jedoch schwer, so lange ich lebe. Zweitens glaube ich, dass unsere Strukturen schnell verbessert werden können, wenn wir uns wieder bewusst geworden sind, was eigentlich der Sinn des Wirtschaftens ist und wie die Wirtschaft tatsächlich funktioniert.

Ich bin überzeugt: Nur wenige Leute wissen noch Bescheid. Die Masse der Politikerinnen und Politiker meint es eigentlich gut, versteht aber die Zusammenhänge nicht mehr, weil diese während Generationen verideologisiert wurden. So wie uns leider viele Religionen den Blick auf den Sinn des Lebens ideologisch verdeckten, gibt es eine Kaste von hohen Priestern der Volkswirtschaftslehre, welche mit immer komplizierteren Berechnungen und Theorien verschleiern, wie die Wirtschaft funktioniert. Stephen Zarlenga hat dies in seinem Buch «Der Mythos vom Geld - die Geschichte der Macht» eindrücklich beschrieben.

In einem KMU-Think-Tank sollten wir uns diesen Fragen wertfrei und ideologiefrei widmen. Die Antworten werden uns zurückführen in eine Wirtschaft, welche dem Menschen dient.

Sursee, 15.4.2002

Ivo Muri